



JANE SCHMIDT / BUNDESWEHR

Bundeswehr-A400M auf dem Fliedhorst Jagel

Rüstung Der Lack ist ab

Die Pannenserie des Transportflugzeugs A400M reißt nicht ab. Beim zweiten Exemplar, das Airbus der Luftwaffe geliefert hatte,

fielen jetzt Probleme mit der obersten Lackschicht auf. Die Farbe war an verschiedenen Stellen des noch kein Jahr alten Flugzeugs abgeplatzt. Der Hersteller werde die Schäden nun ausbessern, heißt es im Verteidigungs-

ministerium. In den vergangenen Monaten waren bereits Probleme beim Propellergetriebe sowie Risse im Mittelrumpf des Militärfliegers, der 175 Millionen Euro pro Stück kostet, bekannt geworden. gt

Korruption Lücken im Ministerium

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sollte sich besser gegen Korruption in der Entwicklungspolitik wappnen: Zu diesem Schluss kommen eine Gruppe von Wissenschaftlern und die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG, die für das Ministerium die staatliche Entwicklungshilfe

durchleuchtet haben. Die Prüfer konstatieren „diverse Lücken in der Einbindung von Antikorruption in Dokumente und Prozesse“ des Ministeriums. Es herrsche „teilweise Unklarheit über Regeln und Berichtswege sowie das konkrete Vorgehen bei Korruptionsfällen“. Der Bundestagsabgeordnete Niema Movassat (Linke), Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, kritisiert, „dass ausgerechnet dem

BMZ unter Minister Gerd Müller, der von den Partnerländern regelmäßig Good Governance einfordert und Korruption geißelt, eine sehr mangelhafte Korruptionsbekämpfung bescheinigt wird“. In einer Stellungnahme gegenüber dem Abgeordneten betont das Ministerium, die Studie stelle fest, „dass die neue Antikorruptionsstrategie des BMZ in weiten Teilen bereits umgesetzt“ werde; weitergehende Forderungen würden derzeit geprüft. mop

Vereine Geheim gemeinnützig

Die Bundesregierung sperrt sich gegen schärfere Auflagen für gemeinnützige Vereine. In ihrer Antwort auf eine Große Anfrage der Grünen erklärt die Regierung, für eine Neuregelung sehe sie derzeit keinen Bedarf. Die Grünen kritisieren, dass es noch nicht einmal ein öffentliches Register gebe, in dem

Vereine ihre steuerlich begünstigte Arbeit offenlegen müssen. So können sogar Vereine, die Interessen von Rüstungsfirmen bedienen, als gemeinnützig firmieren (SPIEGEL 42/2015). Gemeinnützige Vereine können Spendenquittungen ausgeben. Bisher werden sie nur alle drei Jahre überprüft; die Ergebnisse unterliegen dem Steuergeheimnis. „Wir brauchen mehr Transparenz“, sagt die Grünen-Bundestags-

abgeordnete Lisa Paus. „Bürger sollten nachsehen können, ob ein Verein anerkannt ist und wie er arbeitet.“ Das Finanzministerium verweist in einer Stellungnahme auf das Steuergeheimnis und teilt mit, Bürger könnten sehr wohl überprüfen, ob ein Verein als gemeinnützig gelte: bei der Erstattung zuvor ausgestellter Spendenquittungen. Dafür allerdings muss erst einmal Geld an einen Verein überwiesen werden. red

Steuern Ausgebremste Kontrolleure

Weil die Finanzbehörden nicht mehr automatisch auf Kfz-Halterdaten zugreifen können, haben sie Schwierigkeiten, Steuertrickser zu überführen. Bis vor zwei Jahren konnten Prüfer, Steuerfahnder und Vollstreckungsbeamte die Daten online checken. So war es ihnen bei Betriebsprüfungen möglich festzustellen, ob Angehörige privat mit Autos unterwegs sind, die ein Firmeninhaber als Dienstfahrzeug angemeldet hatte. Bei der sogenannten Ferrari-Recherche wurde zudem abgeglichen, ob der Besitzer einer Luxuskarosse dem Finanzamt entsprechend hohe Einkünfte gemeldet hatte. Seit 2014 sind aber nicht



BENOIT TESSIER / REUTERS

mehr die Länder für die Kfz-Daten zuständig, sondern der Bund. Deshalb müssen die Finanzbeamten die Daten schriftlich beim Zoll anfordern. Wegen des „nicht mehr zeitgemäßen Verfahrens“ werde seither oft auf Abfragen verzichtet, heißt es in einer Bestandsaufnahme der Oberfinanzdirektion Niedersachsen. Rund ein Drittel der vom Hauptzollamt gelieferten Daten sei zudem unvollständig; insbesondere wenn Speditionen und Taxiunternehmen geprüft werden, müsse deshalb oft nachgefragt werden. Der Bund hat sich inzwischen bereit erklärt, den Ländern elektronischen Zugriff auf die Daten zu gewähren – wenn diese ein entsprechendes Abfragesystem entwickeln und finanzieren. mit